EU-RUSSIA-DIALOGUE

Konrad Adenauer Stiftung

Dokumentation zum
I. EU-Russland-Dialog
vom 12.-14. Juni 2011
im europäischen Begegnungs- und Konferenzzentrum
der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia

Wie ist das Bild Russlands in Ihrem Land?

Margus Tsahkna MP, Politischer Sekretär der IRL und Vorsitzender des Sozialausschusses im estnischen Riigikogu: Das Bild ist umstritten. Estland hat eine schwierige Geschichte hinter sich. Was wir von Russland erwarten ist, dass es die Straftaten des kommunistischen Regimes offenlegen und sich entschuldigen, und zwar nicht nur bei Estland, sondern auch bei anderen Ländern. Trotzdem bin ich froh, dass unsere Historiker angefangen haben, das Verhältnis zu verbessern – und zwar indem sie eine Diskussion über die kommunistische Historie angefangen haben. Es ist ja verständlich, dass sich die russische Nation als Gewinner des Zweiten Weltkrieges sieht. Und natürlich ist es von ihrer Seite aus ebenso schwer zu verstehen, welche Probleme wir als kleine Nation hatten. Dazu kommt, dass Russland sehr aggressiv gegen Nachbarn vorgeht. 2007 gab es einen Höhepunkt in dieser emotionalen Propaganda, als sich Estland entschieden hatte, ein Monument aus dem Herzen Tallinns umzusetzen. Heute, gut zwei Jahre später, wird unsere Beziehung zu den Nachbarn eher praxisbezogen und besser. Die öffentliche Meinung sieht so aus, dass jede Form von kultureller und ökonomischer Zusammenarbeit unterstützt wird. Die Außenminister beider Staaten haben sich erst kürzlich getroffen und dabei festgestellt, dass die Beziehungen zwischen Russland und Estland immer besser werden. Es gibt also zwei Sichtweisen, die man unterscheiden muss, wenn es um das Bild Russlands geht: Die eine ist historischer Art, die andere eher pragmatisch. Aber die öffentliche Meinung steigt immer weiter.

Gerti Bogdani MP, Vorsitzender des Jugendforums der "Partia e Demokratik Shqipërisë" (FRPD), Albanien: Ich denke, dass es insgesamt ein positives Bild ist. Albanien und Russland verbanden in der Vergangenheit sehr starke Beziehungen. Während der kommunistischen Zeit sind diese gebrochen, obwohl damals viele Menschen in Russland studiert haben und viele Albaner Russen geheiratet haben. Die Albaner verbinden mit Russland ein positives Bild und positive Erinnerungen. Allerdings ist der Stellenwert in der Wahrnehmung heutzutage in Russland nicht mehr ganz so prominent. Man hört nicht sehr viel, es sind allenfalls ganz normale Beziehungen zwischen zwei Staaten. In Albanien ist Russland nicht sehr präsent, weder politisch, sozial noch wirtschaftlich. Das in der kommunistischen Zeit geprägte Bild Russlands, eines großen Landes mit einer starken politischen Führung, ist heute nach wie vor gültig.

Wie ist das Image der westlichen Nachbarn und der Europäischen Union in Russland?

Sophia Lazareva, Stv. Vorsitzende für PR des Parteivorstandes von "Einiges Russland" im Leningrader Bezirk, Russland: Die Nachbarstaaten Russlands im Westen sind Staaten mit entwickelter Wirtschaft und einer guten Ebene der Sozialpflege. Sie verfügen über die entsprechende wirtschaftliche Grundlage und sind damit in der Lage, dass sie sich auch auf das Bewahren von natürlichen Ressourcen konzentrieren sowie sich ökologischen Fragen widmen können. In den EU-Staaten ist die soziale Sicherheit auf einer solch hohen Ebene angelangt, dass sie den Menschen eine sichere und ruhige Entwicklung garantiert. Aber diese Ruhe sorgt eben auch dafür, dass sie sich von uns abschotten. Das bremst auch das gegenseitige Verständnis. Die Russen würden sagen: Wer satt ist, versteht den Hungrigen nicht. So sieht es auch bei den Beziehungen zwischen Russland und der EU aus. Einerseits fürchten sie uns, andererseits wir aber auch sie. Sie haben Angst vor Einmischung und Einflussnahme auf ihre Innen- und Außenwirtschaft. Wir befürchten, dass wir unsere Traditionen verlieren könnten. Deswegen sind unsere Beziehungen auch etwas begrenzt.

Wie bewerten sie aktuell die Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union?

Margus Tsahkna MP: Auch dabei gibt es zwei verschiedene Dinge zu beachten. Die eine ist die auf Werten basierende Politik – und das ist nicht nur eine Frage von Russland und der EU, sondern auf internationaler Ebene während der ökonomischen Krise. Es ist doch ganz offensichtlich, dass sämtliche Politik, auch die im Ausland, mehr aufs Praktische zugeschnitten wird. Russland ist ein guter Nachbar für die EU-Staaten, denn sie sind auf gute ökonomische und finanzielle Beziehungen angewiesen. Deswegen hoffe ich, dass diese demokratischen Werte nicht versteckt werden. Und ich hoffe auch, dass die EU dieser auf Werten basierenden Politik folgt – auch wenn es undemokratische Tendenzen in Russland gibt, beispielsweise in der Frage der Integrität der Menschenrechte. Die andere Seite ist, dass ich denke, dass die EU keine gemeinsame Außenpolitik betreibt. Russland nutzt diese Situation oft aus und verbündet sich mit einzelnen Staaten. Deswegen ist es manchmal für die EU schwierig, nach einem gemeinsamen Standpunkt zu suchen, wie man mit Russland nun umgehen soll – wo es doch in vielen Dingen enge Zusammenarbeit gibt, etwa in der Frage der Energieversorgung. Ich hoffe mal, dass sich die Situation nach den Wahlen, die nächstes Jahr in Russland stattfinden, entschärft. Selbst wenn die Wahlen mit ihrer örtlichen Propaganda und den Kampagnen die Beziehungen belasten können, so sollten wir doch lieber ruhig abwarten, bis die politische Situation eindeutiger ist. Dann können wir sicherlich auch zu einer auf Werten basierenden und gleichzeitig pragmatischen Politik mit Russland gelangen.

Gerti Bogdani MP: Auch wenn es gewisse Vereinbarungen gibt, so sind diese doch sehr zerbrechlich – besonders in wirtschaftlichen Fragen, weil Europa immer noch sehr von Russland abhängig ist. Ein Beispiel dafür sind die russischen Gaslieferungen. Da gibt es nach meiner Ansicht keine vertrauensvolle Beziehung, sondern vielmehr eine von Machtfragen durchdrungene. In diesem Fall haben die Russen die Schlüssel in der Hand, die sie für ihre

Interessen einsetzen. Davor haben sich die Europäer immer gefürchtet. Daran müssen wir wohl noch sehr viel arbeiten.

Sophia Lazareva: Um uns gegenseitig komplett zu verstehen und eine gemeinsame Politik zu führen, dafür reichen die Beziehungen nicht aus. Das liegt wohl auch an dem 70 Jahre langen Schweigen während der Sowjetunion-Zeit sowie an anderen Dingen. Die heutige Zeit braucht aber eine Bewegung hin zur weiteren Entwicklung. Es ist durchaus möglich, dass Russland nicht in die EU eintritt, aber dass eine neue Union mit neuen Regeln und Aufgaben gegründet wird, die im Interesse der gemeinsamen Zusammenarbeit liegen. Die Ebene unserer gegenseitigen Beziehungen ist nicht hoch genug – wir kennen einander nicht ausreichend.

Was sind die größten Herausforderungen für eine tiefer greifende gemeinsame Zusammenarbeit?

Margus Tsahkna MP: Die größte Herausforderung ist es, die historischen Fragen, die aufgrund dieser Art von Weltkrieg und die Besetzung der Nachbarländer entstanden sind, zu beantworten. Aber das braucht seine Zeit. Das betrifft die neue Generation und die auf Fakten basierende Forschung die herausfinden soll, was tatsächlich nach internationalem Recht passiert ist. Die russischen Politiker sollten verstehen, dass die Europäische Union ebenso gut ist wie die russischen Nachbarländer. Ja sie sind quasi Freunde, denn wir brauchen einander für wirtschaftliche Belange. Und vielleicht hat ja Russland mehr Probleme mit dem Süden, dem Kaukasus-Gebiet, so dass man gemeinsam Lösungen finden und zusammenarbeiten könnte, um die Probleme zu klären.

Gerti Bogdani MP: Wir sollten meiner Ansicht nach mit einem kulturellen Austausch und Reisefreiheit anfangen. Nicht zuletzt, weil ich aus einem Land komme, für dessen Menschen es sehr schwer war, ungehindert nach Europa reisen zu können. Wenn man sich nicht frei bewegen kann, dann entstehen leicht Mauern. Gemeinsame Begegnung macht aber eine Zusammenarbeit wesentlich leichter. Deshalb ist für mich die Reisefreiheit zwischen Europa und Russland eine der größten aktuellen Herausforderungen für uns.

Sophia Lazareva: Wie gesagt: Das größte Problem ist das fehlende gegenseitige Verständnis – so sieht zumindest die offizielle Version aus. Ein weiteres Problem ist, dass zwar sowohl Russland als auch die EU eine gewichtige Rolle in der Welt spielen, sie aber als führende Einheiten nicht aufeinander zählen können. Das Problem liegt im Unwillen, zusammenzuarbeiten.

Was ist das schmerzvollste Erbe des Sozialismus, das Ihre politische Arbeit in Ihrem Land schwer macht?

Margus Tsahkna MP: Der Kommunismus und das totalitäre Regime. Die größte Herausforderung ist es nun, so wie es das Europäische Parlament schon getan hat, das Nazi-Regime und das kommunistische Regime zu vergleichen und das von russischer Seite aus öffentlich zu erklären. Die historische Aufgabe ist also klar. Wir wissen, dass alle europäischen Länder, besonders Russland und die Nachbarländer, während des Zweiten Weltkrieges viel gelitten haben. Der Krieg gegen die Besatzer hat die estnische Bevölkerung um ein Fünftel schrumpfen lassen. Aber das ist die historische Wahrheit und wir müssen damit leben und weiter nach vorn schauen. Wir müssen uns auch neuen Themen widmen. Es gibt viele gemeinsame Aufgaben, an denen wir arbeiten können.

Gerti Bogdani MP: Erst der Kommunismus und dann auch der Sozialismus standen für ein Regime, in dem der Staat alles umfassend beaufsichtigte. Viele Menschen glauben noch heute an diesen allverantwortlichen Staat. Deshalb erwarten sie von der Regierung schließlich alles. Das betrifft nicht nur die Frage, dass eigentlich der Privatsektor für die wirtschaftlichen Aktivitäten und damit die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen verantwortlich ist und die Regierung lediglich die richtigen Rahmenbedingungen dafür vorgibt. Das betrifft auch die Einstellung zur täglichen Arbeit. Früher haben eben alle für den Staat gearbeitet und nicht für ihren eigenen Wohlstand. Entsprechend niedrig war die Arbeitsmoral, und dieses Erbe setzt sich teilweise heute noch fort. Es ändert sich zwar, aber es müsste sich eigentlich schneller ändern. Zudem sitzen immer noch manche Menschen, die einst hohe Posten im kommunistischen Regime besetzt hatten, an den entscheidenden Stellen. Deshalb ist es schwierig, die Mentalität der Menschen zu ändern. Eines der am besten funktionierenden Prinzipien im Kommunismus war die Propaganda-Maschine. Und die Propaganda, die sich über 50 Jahre hinweg in den Köpfen festgesetzt hat, wieder zu löschen, das ist sehr schwer. Somit ist das größte und gleichzeitig schwierigste Erbe, mit dem wir uns heute auseinandersetzen, die Gehirnwäsche.

Sophia Lazareva: Der Sozialismus wird in Russland derzeit verneint. Das heißt, dass Russland derzeit glaubt, dass die Zukunft in der Marktwirtschaft, im Kapitalismus liegt. Der Kapitalismus hat etwa in den EU-Staaten gezeigt, was er für Möglichkeiten mit sich bringt, der Sozialismus dagegen war eine fixe Idee – und nicht der allerbeste Weg für die Entwicklung. Das heißt, dass wir der Meinung sind, dass der Sozialismus eben doch eine Bremse gewesen ist, obwohl es natürlich auch an irgendwelchen Persönlichkeiten oder am falschen Betreiben der Politik gelegen haben könnte.